

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

An die Gewerkschaftsmitglieder!

Zwölfseinhalb Millionen deutscher Männer und Frauen haben im März 1926 den Volksentscheid über die entschädigungslose Enteignung der deutschen Fürsten gefordert. Mit dieser gewaltigen Willenskundgebung hat das deutsche Volk zum ersten Male selbst die Initiative zur Gesetzgebung in einer Frage von weittragender Bedeutung ergriffen.

Es ist kein Zufall, sondern in der Geschichte des Kampfes um die Sicherung und den Ausbau der deutschen Republik begründet, daß der erste Akt unmittelbarer Gesetzgebung durch das Volk um den Sieg des Gedankens geht:

Volksrecht bricht Fürstenrecht!

Die Fürsten selbst haben diese Entscheidung heraufbeschwohren. In einer Zeit, in der Millionen deutsche Arbeitnehmer ohne Arbeit sind und von largen Unterstützungen leben müssen, in einer Zeit, in der viele Hunderttausende von Invaliden und sonstigen Sozialrentnern, Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen sich in Not befinden, nach einem Krieg, in dem Millionen deutsche Frauen und Mütter ihre Männer und ihre Söhne haben hergeben müssen, wissen die ehemaligen deutschen Fürsten keinen anderen Weg,

ihre Vaterlandsliebe

zu betätigen, als um ihres privaten Vorteils willen ungeheuerliche Ansprüche an Geld und Gut an den neuen Staat zu stellen.

Kein Wunder, daß die Fürsten mit diesen „landesväterlichen“ Bestrebungen auf verständnisvolle Unterstützung aller jener Kreise in Deutschland rechnen können, die noch immer darauf hoffen, eines Tages die verhasste Republik stürzen und ihre Diktatur an Stelle des demokratischen Staates setzen zu können. Von dieser Diktatur, deren Pläne in den letzten Wochen aufgedeckt wurden, bis zur Wiederaufrichtung der alten Fürstenherrlichkeit, ist nur ein Schritt.

Inzwischen sollen den Fürsten Hunderte von Millionen

Berlin, Juni 1926.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.
Allgemeiner Deutscher Beamtenbund.

lionen deutschen Volksvermögens als Bartegeld ausgezahlt werden.

Die Reparationszahlungen, an denen besonders das arbeitende Volk in den nächsten Jahren zu tragen haben wird, sind in den Augen der Monarchisten offenbar noch keine genügend schwere Belastung. Das deutsche Volk soll außerdem neue schwere Lasten in Form von

Reparationszahlungen an seine früheren Beherrscher auf seine geduldigen Schultern nehmen.

Das muß der Volksentscheid verhindern. Die Habgucht der deutschen Fürsten steht in umgekehrtem Verhältnis zu den Verdiensten, die sie um Land und Volk erworben haben. Die Kriegsjahre seit dem Kriege sind die bitteren Folgen jener verfehlten Politik, deren verantwortliche Träger die Fürsten und ihre monarchistische Gefolgschaft gewesen sind.

Es gilt, das Recht des neuen Staates, das Interesse des Volksganzen zu verteidigen gegen die Anmaßung der Fürsten wie gegen die Putzpläne der Monarchisten. Das ist die große Bedeutung des

Volksentscheids am 20. Juni.

Die Entscheidung kann für die organisierten Arbeitnehmer in Stadt und Land nicht zweifelhaft sein. Am 20. Juni gibt es nur eine Antwort auf die Forderung der Fürsten: Das einmütige „Ja“ aller Arbeiter, Angestellten und Beamten für die entschädigungslose Enteignung.

Gewerkschaftsmitglieder! Unterstützt die Sammlungen für den Volksentscheid, jeder nach seinen Kräften. Eure Beiträge müssen den Weg zum Sieg bahnen.

Zum Sieg des freien Volkes über seine Unterdrücker.
Zum Sieg der deutschen Republik über ihre Feinde.

Der Wille des arbeitenden Volkes muß das Recht des neuen Staates bestimmen.

Allgemeiner freier Angestelltenbund.

Allgemeiner Deutscher Beamtenbund.

Konten fremder Währung in Frankreich.

Der Finanzminister gegen die Stabilisierung.

Paris, 4. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Da die Kammer auf Verlangen der Regierung die Diskussion über die finanzielle Lage vertagt hatte, gewinnen die Erklärungen an Bedeutung, die der Finanzminister Peret am Donnerstagabend in der Finanzkommission abgegeben hat. Der Leiter der französischen Staatsfinanzen setzte die Lage des Devisenmarktes und die Gründe des jüngsten Frankenskurzes auseinander. Er gab Auskunft über die Mittel, die zur Stützung des Frankens verwendet werden. Es seien zu diesem Zweck nur ein Teil der Wandermasse gebraucht worden, während der Goldbestand der Bank von Frankreich unangetastet geblieben sei. Die Rückförderung der Devisen französischer Exporteure werde, wie Peret ausführte, einer strengen Kontrolle unterworfen werden. Das Gesetz, das die Kapitalausfuhr verbietet, kann nach Auffassung des Finanzministers in unmittelbarer Zukunft abgeschafft werden, sobald nämlich gewisse vorbereitende Maßnahmen ergriffen seien. Dazu gehöre die Schaffung von Konten in fremder Währung bei der Bank von Frankreich. Die Lage des Schatzamtes soll durchaus befriedigend sein. Zum Schluß seiner Ausführungen wurde der Minister über die Stabilisierung der Währung befragt. Peret gab die Erklärung ab, daß er im Prinzip die Stabilisierung billige, jedoch erscheine es ihm vorzeitig, gegenwärtig eine fräftige Stabilisierung der Währung durchzuführen, solange dieselbe noch nicht tatsächlich erreicht sei.

Um eine Marokkokonferenz.

Revision des Tangerabkommens.

Paris, 4. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Regierung gibt zu, daß in der für nächste Woche einberufenen spanisch-französischen Konferenz auch eine Erörterung über eine Revision des Statuts für die neutrale Zone von Tanger, wie sie von Spanien seit langem gewünscht werde, stattfinden wird. Die französische Regierung soll, wie verlautet, bereits auf der Madrider Konferenz vor der gemeinsamen Offensive gegen Abd el Krim Spanien bestimmte Zusagen gemacht haben.

Am Quai d'Orsay wird die Nachricht dementiert, wonach eine Marokkokonferenz einberufen werden würde. Es wird erklärt, daß lediglich eine französisch-spanische Konferenz in Paris stattfinden werde, die sich mit verschiedenen Punkten der französisch-spanischen Zusammenarbeit in Marokko beschäftigen wird.

Locarnodebatte in Frankreich.

Briand in der Defensive.

Paris, 4. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen im Senat erklärte Millerand die deutsche Unterschrift unter den Locarno-Verträgen reiche nicht aus, da sie nicht mehr wert sei als die Unterschrift Breukens unter dem belgischen Neutralitätsvertrag. In Locarno habe man den schweren Fehler begangen, nicht die gesamten deutschen Grenzen unter Garantie zu stellen. Zudem stünden sich die Auffassungen der französischen und der deutschen Politik insofern schroff gegenüber,

als Frankreich eine Sicherung des Friedens durch Achtung der Friedensverträge verfolge, während Deutschland niemals ein Hehl daraus gemacht habe, daß sein Streben nach Revision dieser Verträge gehe. Briand gab aber schließlich trotz aller Einwendungen zu, daß es für Frankreich unmöglich sei, die Verträge von Locarno abzulehnen. Allerdings dürfe das Abkommen von Locarno Frankreich zu keinen gefährlichen „Friedensillusionen“ verführen und seine Verteidigung nicht dem Vertrage von Locarno opfern. Die Bande mit den Verbündeten in Mittel- und Osteuropa müßten im Gegenteil noch enger geknüpft werden.

Kompromißlösung in Aegypten.

Zaghlul verzichtet auf die Kabinettsbildung.

London, 4. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Nach Mitteilungen aus Aegypten hat Zaghlul Pascha am Donnerstag auf einstimmiges Anraten aller seiner politischen Freunde darauf verzichtet, die Regierung selbst zu bilden. Er hat vielmehr Adly Pascha vorgeschlagen, den der englische Oberkommissar in seinen Unterredungen mit Zaghlul Pascha und König Fuad als die einzige für England erträgliche Persönlichkeit bezeichnet hatte.

London, 4. Juni. (E.P.) Der Verzicht Zaghluls Paschas auf die Kabinettsbildung hat sowohl in den konservativen als auch in den liberalen Kreisen lebhafteste Befriedigung hervorgerufen. Der „Daily Telegraph“ erklärt, daß hierdurch die Wiederholung diplomatischer Proteste im Interesse der Sicherheit auswärtiger Untertanen, wie sie vor einem Jahre von Amerika, Italien und Griechenland erhoben wurden, unmöglich gemacht würden. Im Ausland sollte man daher die energische Haltung des englischen Oberkommissars mit Beifall begrüßen. Er habe die Sicherheit für fremde Staatsangehörige in Aegypten garantiert. — Der „Daily Herald“ dagegen führt die Unzufriedenheit auf die gepanzerte Faust zurück, die England in Aegypten zeige. Dieser Politik sei das Mißtrauen und die geringe Sympathie Englands gegenüber zu verdanken. Während der englische Minister zu Hause den Konstitutionalismus in den höchsten Tönen lobte, treten sie ihm mit Füßen, wenn er sich mit den sogenannten britischen Interessen vereinige. Diese heuchlerische Haltung der englischen Minister verstärke die Antipathie der Aegyptier mit Recht.

Kundgebung für Fürstenenteignung!

Am Montag, den 14. Juni, abends 7 Uhr, wird eine große

Kundgebung im Lustgarten

stattfinden, die der Werbearbeit für den Volksentscheid dienen soll. Alle Parteigenossen, Gewerkschaftsmitglieder und sonstigen Republikaner werden gebeten, sich diesen Tag freizuhalten und für eine gewaltige Beteiligung an der öffentlichen Demonstration zu werben.

Alles Nähere wird später mitgeteilt.

Rechtsskurs in Schweden?

Der Sieg des Bürgerblocks.

Stockholm, den 2. Juni. (Eigener Bericht.)

Die sozialdemokratische Regierung in Schweden ist einem Bürgerblock erlegen, wenn auch dieser Bürgerblock nicht programmatisch geschlossen ist und die Gründe, aus denen die bürgerlichen Parteien gegen das Kabinett stimmten, verschieden waren. Im Grunde steht die gleiche Tendenz hinter dem Verhalten aller bürgerlichen Parteien, ob sie sich Volkstreifinnige oder Liberale, Bauernpartei oder Konservative nennen. Man will dem „Gewerkschaftsterror“, wie ein beliebtes bürgerliches Schlagwort in Skandinavien heißt, zu Leibe: die verhältnismäßig starke Stellung, die sich der skandinavische Arbeiter verschafft hat, soll beseitigt werden. Das wollen alle, die Handwerker und Mittelständler der Volkstreifinnigen, die Beamten der liberalen Partei, die Hofbesitzer der Bauernpartei und Adel wie Industrie in der konservativen Gruppe.

Man hatte sich erst Branting, dann Sandler als Ministerpräsidenten, und En als Außenminister, Miller als Innenminister, die ganze rein sozialdemokratische Regierung seit dem Herbst 1924 gefallen lassen, man hatte ihre Abrüstungspolitik, ihre friedliche Außenpolitik ertragen und sie in ihrer maßvoll-vorsichtigen Arbeit nicht gestört, bis eine brennende Frage der sozialen Gegensätze das Kabinett zu Fall brachte. Sind Arbeitslose verpflichtet, in einem Betrieb, in dem kein allgemeiner sondern nur ein „wilder“ Streik herrscht, Arbeit anzunehmen? Die Regierung sagte Nein, die bürgerliche Mehrheit sagte Ja, und damit war der Konflikt gegeben, war die Sozialdemokratie mit ihren 104 von insgesamt 230 Sitzen isoliert. In der Abstimmung kam der vereinte Wille der bürgerlichen Parteien zum Ausdruck, die politische Nachstellung der Arbeiter zu brechen.

Aber dieses Ziel ist letzten Endes negativ und da eine Regierung schließlich positiv arbeiten soll, so wird auch die neue Regierungsbildung in Schweden nicht sehr leicht sein. Da die Volkstreifinnigen durch ihr Abstimmen vom sozialistischen Kabinett der Stoßtrupp gewesen sind, der die Sozialisten stürzte, hat der König Herrn Elmann, den Führer der Freisinnigen, mit der Kabinettsbildung beauftragt. Er will, das ist in der bürgerlichen Presse schon vor dem Sturz der Regierung diskutiert worden, versuchen, eine Regierung auf breiterer Basis zustande zu bringen. Diese breite Basis ist aber, wie gesagt, nur im negativen, nur in der Ablehnung der Arbeiterkraft im Bürgerium Schwedens und in seiner politischen Vertretung vorhanden.

Die Schwierigkeit positiver Zusammenarbeit beginnt schon zwischen den beiden linken bürgerlichen Parteien, den Freisinnigen und den Liberalen. Ursprünglich waren sie eine Partei. Vor einigen Jahren erfolgte jedoch die Abspaltung der Freisinnigen, unter welchem Namen sich die Alkoholverbotsanhänger Schwedens verbergen, weil der liberale Parteitag nicht dazu zu bewegen war, die damals große liberale Partei für ein Alkoholverbot festzuliegen. Seitdem sind Freisinnige und Liberale feindliche Brüder, der eine spricht dem anderen jedes sittliche Niveau ab. Hier liegt die größte Klippe für eine bürgerliche Regierungsbildung, denn Bauernpartei und Konservative sind, ihrer Presse nach, eher geneigt, für eine Bürgerblock-Regierung einen hohen Preis zu zahlen. Die Bauernpartei hat ein Agrarprogramm, das der schwedischen Industrie und dem schwedischen Handwerk ein Greuel ist, und es ist fraglich, ob man sie zu mehr haben will, als zu einer wohlwollenden Unterstützung; aber auch als Unterstützungspartei hat sich die Bauernpartei bisher als sehr unzuverlässig erwiesen. Dagegen sind die Konservativen eigentlich am meisten erfreut über eine freisinnige Regierung. Das sollte eigentlich den Freisinnigen zur Genüge sagen, wessen Spiel sie betrieben haben. Die konservative Presse erzählt, daß man zwar in der Frage des Militärbudgets die verhältnismäßige Abrüstungsfreundlichkeit der Freisinnigen verabscheue, man auch die abstinenten Tendenz der Freisinnigen Partei für unsinnig halte, aber einmal sei die Frage der Militärordnung nicht aktuell, ferner müsse man den Freisinnigen in ihrer Alkoholverdämpfung eine anerkanntswürdige Moral zubilligen und schließlich handele es sich im Augenblick darum, durch eine „vernünftige“ Wirtschaftspolitik Industrie, Handwerk und Landwirtschaft „hoch zu helfen“, statt sozialer Humanitätsduselei wieder krasse Defonomie zu halten. Das heißt: erstens Schutz für die Eisenindustrie und andere Branchen, zweitens Abbau der Sozialgesetzgebung und drittens Umleitung der Steuern durch Abbau der den Besitz belastenden Steuern und „Aufbau“ der Steuern, die die Masse zu tragen hat. Diese Dinge dürfen die Freisinnigen ihren Anhängern natürlich nicht so offen vorsehen; denn die Abstinenzparole hat so manchen Kleinbauern und Arbeiter zu den Freisinnigen gelockt, der durchaus sozial eingestellt ist. Aber man kennt auch in Schweden die in Deutschland gut bekannte Hintertür: Beamtenregierung. In den Diskussionen der bürgerlichen Presse tritt immer wieder die Möglichkeit in den Vordergrund, durch Befehl der Fachministerien mit Beamten, die der Rechte nahe stehen, auch diese zufriedenzustellen.

Wie auch die endgültige Regierung aussehen möge, das eine steht fest, daß die Freisinnigen mit ihrem Sturmlauf gegen das sozialistische Kabinett sich in eine Abhängigkeit von der bürgerlichen Rechte begeben haben, die nur in einen Rechtsskurs der neuen Regierung ausmünden kann.

Vielleicht hat dieser Zustand das Gute, daß die unteren Beamten der Liberalen und die Kleinbauern der Freisinnigen bald einsehen, für wen sie mißbraucht werden und so das Bürgerblod-Kabinett bald wieder verschwindet.

Mahrauns geheime Denkschrift.

Ein Ultimatum an „Jungdo“.

Seit längerer Zeit spielt in der Rechtspreffe die geheime Denkschrift des Herrn Mahraun, des Hochmeisters des Jungdeutschen Ordens, an den Reichswehrminister eine große Rolle. Ganz besonders ist es die „Deutsche Zeitung“, die sich mit dieser Angelegenheit täglich sehr aufgeregt beschäftigt. Nun ist diese geheime Denkschrift noch immer geheim; über das, was in ihr steht und was nicht in ihr steht, wird zwischen denen um Claj und denen um Mahraun heftig gestritten, aber dieser Streit um die große Unbekannte wirkt doch in hohem Maße aufschlußgebend. Jetzt ist es Otto v. Schilling, der in der „Deutschen Zeitung“ schreibt:

Witte April wurde uns dann zugleich mit einer Warnung vor bevorstehenden Maßnahmen des Preussischen Innenministeriums Kenntnis gegeben von einer Denkschrift des Herrn Mahraun, die dem auf der Rechten mißtrauisch beobachteten demokratischen Reichswehrminister und dem wegen seiner Abneigung gegen die vaterländischen Verbände bekannten „Bureau des Reichspräsidenten“ eingereicht worden sei. In die Wahrheit dieser unglaublich klingenden Meldung haben wir aber erst geglaubt, als uns Einzelheiten über die von Herrn Mahraun gegen uns nahestehende Herren in der Denkschrift erhobene Beschuldigungen mitgeteilt wurden.

Aus dieser Mitteilung geht hervor, daß irgendwo an amtlicher Stelle ein Vertrauensmann der Claj-Gesellschaft sitzt, der diese über alles unterrichtet, was ihren Plänen hinderlich werden könnte. Auch über die Hausdurchsuchungen, die am Abend des 11. Mai vorgenommen wurden, waren die Rechtsverbände schon am Nachmittag deselben Tages unterrichtet.

Weiter geht aus dieser Mitteilung hervor, daß im Lager der Rechtsverbände Dinge vorgehen, die sowohl dem Reichswehrminister als auch dem Bureau des Reichspräsidenten verborgen bleiben sollen und daß die Unterrichtung dieser amtlichen Stellen als Verrat betrachtet wird. Herr v. Schilling spricht das noch deutlicher aus:

Mag dahingestellt bleiben, ob die Severingschen Pläne in bezug auf Putschhege mit der Denkschrift des Herrn Mahraun nur zeitlich oder auch urfänglich zusammengefallen sind. Die sich hinter Mahraun stehende Ordensleitung betont aber ausdrücklich, daß sie „jederszeit wieder eine solche Denkschrift einreichen würde“. Das ist, wie niemand bestreiten kann, eine unerträgliche Lüge. Infolgedessen sind wir gezwungen, in aller Öffentlichkeit an den „Jungdeutschen Orden“ die Frage zu richten, ob er gewillt ist, diese Racheaktionen des Herrn Mahraun ebenso wie die Ordensleitung gutzuheißen und zu decken?

Zur „Jungdeutsche Orden“ das, was wir uns gar nicht denken können, dann schließt er sich selbst aus der Gemeinschaft aller vaterländischen Verbände aus und rückt für uns weit hinter das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold an die Seite des Roten Frontkämpferbundes. Vielleicht ist er dann sogar noch weitläufiger gefährlicher für das vaterländische und völkische Deutschland als der letztgenannte Kommunistenbund. Denn der „Jungdeutsche Orden“ würde für viele noch immer die Rolle des Wolfes im Schafspelz spielen.

Entsprechend wäre unerfesselt die offene und rückstichlose Kampfstellung einzunehmen. Wie gegen alle Verräter und Denunzianten!

Wir warten auf Antwort.

Also, unwürdig der Zugehörigkeit zu den „vaterländischen Verbänden“, Verräter und Denunziant ist, wer amtliche Stellen wie dem Reichswehrminister und das Bureau des Reichspräsidenten über die Vorgänge innerhalb jener Verbände unterrichtet.

Offener kann gar nicht ausgesprochen werden, daß sich die „vaterländischen Verbände“ selber als einen Geheimbund, als eine Verschwörerergesellschaft betrachten, deren Handlungen und Ziele den maßgebenden Stellen des Reiches verborgen bleiben sollen.

Unter diesen Umständen muß es als eine schamlose Heuchelei und als bewusste Beschwindelung der Öffentlichkeit bezeichnet werden, wenn die Rechtspreffe die Aktion der preussischen Regierung als unberechtigt und auf falschen Voraussetzungen beruhend hinzustellen versucht. Was Herr v. Schilling schreibt, ist der beste Beweis dafür, daß diese Aktion berechtigt und notwendig war.

Wiking-Schwindel.

Die vertrauensfertigen geldspendenden Bürger.

Auf eine sehr einfache Art, Geld zu machen, ist der Führer des Braunschweiger Wikingbundes gekommen. Er kannte die Altruismusfertigkeit des honesten Bürgertums in politischen Dingen, wußte, daß Industriefirmen und sonstige über reiche Mittel verfügende Kreise auf jeden Schwindel, wenn er schwarzweißrot angestrichen wird, hineinfallen und handelte eben nach seiner Kenntnis.

Er schrieb an den früheren „Landessturmwart“ des Wikingbundes in Braunschweig einen Brief, aus dem die ganze Verworfenheit der Abenteuerer aus dem Wikingbunde hervorgeht. Die in dem Brief genannten Firmen erstreuen sich, wie uns aus Braunschweig geschrieben wird, beim Bürgerium des allerbesten Rufes. Um so bedauerlicher ist es, daß gerade sie von einem Schwindler so tief eingeschätzt werden und daß auch sie für jeden schwarzweißroten Firtelanz Geld über haben.

Wir geben das Musterstück eines Wiking-Briefes hier im Wortlaut wieder:

Hans Berger, Magdeburg, den 2. Juli 1925. Braunschweig, Thomaestraße 12.

Mein lieber Robby!

Nun bin ich schon einige Tage in Magdeburg. Ich bin in ziemlich niedergeschlagener Stimmung. Das Geschäft ist hier faul und habe ich bis jetzt nichts verkauft. Mein Geld ist beinahe alle. Von morgen ab kann ich kein Mittagbrot mehr essen. Wenn ich an Hannover denke, bekomme ich es mit der Wut. Denn nur dadurch ist es gekommen. Adolf Lampe ist für mich erledigt. Er versprach mir bis zu meiner Abfahrt noch mindestens 15 M. zu bringen, aber wer nicht da war, war Herr Lampe. Das ist Kameradschaft. Ich gebe meinen letzten Pfennig, damit wir uns nicht blamieren, und andere sind frumm, wenn sie sich bücken. Nun hör mal zu. Natürlich darfst du das wie bei Beder nicht wieder vorkommen. Es war ein Skandal. Nun mußt Du Geld besorgen.

Wie Du dieses machst, will ich Dir jetzt erklären: Ein blauer Attendeel. Born daraus die Auschrift: Liste, Wiking-Bund, Ortsgruppe Braunschweig. Innen rein kommt folgendes: 1. Die Dienstvorschrift, 2. Befehle von München, 3. einige Nachrichtenblätter von uns, 4. eine Mitgliedsliste usw., 5. Die Bestätigung von Hannover zum Sammeln. Born vor kommt die Zeichnungsliste, die sieht so aus:

Liste I. Wikingbund, Ortsgruppe Braunschweig.

Name	Wohnung	Betrag
Reyer	—	30.—
	—	—
	—	—

Damit auf der Liste schon einige Namen stehen, schreibst Du folgendes darauf, die Schrift ungefähr so, wie ich es hier angebe: (Der Schreiber verteilte dann seine Handschrift. Die Red.)

D. Winkelmann	50.— (mit Kopierstift)
H. Titlitz-Verlag	50.— (Tinte)
P. P.	30.— (mit Kopierstift)
Langnerfeldt	20.— (Blei)
(Das ist die alte Frau Langnerf.)	
Carl Benning	20.—

Diese Namen kannst Du getrost aufschreiben, da fragt keiner nach. Und wenn, dann haben sie früher für das Jungkorps etwas

gezeichnet. Aber sei beruhigt. Nun gehst Du mit folgendem nach Folgenden:

Firma	an den zu wendenden Herrn	die beste Zeit	etwa zu leistender Betrag
Chemischfabrik Buchler u. Co. Frankfurt Str.	Herr Buchler, Kaufmann, Inhaber	morg. geg. 1/11	50.—
G. Wehremann, Ribbaga-häuser Weg	Mittm. a. D. Hilzig (Witw.)	• • • • •	1/13 50.—
Gustav Schuchart, Sad	Herr Keller	• • • • •	1/10 30.—
H. Müller sen.	H. Grote	nachm. • • • • •	1/5 20.—
Konrad-Rat Amme	Privatwohnung Gellestr.	• • • • •	3 50.—
Rudolph Sell, Giebelstr.	Herr Sell	• • • • •	4 20.—
Thormann u. Schröder, Alldarmarkt, Gde Poststr.	Herr Thormann	vorm. • • • • •	10 20.—
Herrdt Weinruben, Friedrich-Wilhelm-Str.	Herr Heudner sen.	mittags • • • • •	1 10-30.—
H. Wenig, Leberhandlg. Goltstraße	Herr Wenig	vorm. • • • • •	11 20.—

Wenn Du in Uniform gehen kannst (wenigstens Rod und Mütze), ist es natürlich besser. Du kannst Dich ja bei Nähe umziehen. Wenn Du alle erledigt hast, bekommst Du neue Adressen. Als Grund fürs Geld gibst Du an: Reisekosten und Verpflegung für drei Wochen (22 Mann) nach Rülten. Natürlich streng vertraulich. Die Leute sagen aber sowieso nichts. Wenn Du es so machst, wie ich es Dir gesagt habe, kannst Du auf obige Beträge rechnen und Deine Jungmänner und Führer wissen von nichts. Nun möchte ich Dich bitten, mich schnellstens etwas Geld zu senden, da ich mein Hotel nicht bezahlen kann. Geld kannst Du in Brief schicken. Wenn es mir besser geht, komme ich bald einmal rüber. Aber, Robby, lasse mich nicht im Stich und lang mit Sammeln auch sofort an, damit wir beide auf unsere Kosten kommen. Wenn die Sache am Freitag und Sonnabend auf Klappt, besuche mich Sonntagnachmittag. Für Sonntagvormittag schlage ich Dir vor, mit den Mannschaften in Uniform zum Germaniaclub zu gehen. Antreten 6 Uhr früh bei S. M. Admarich 6 Uhr 15, Rüdmarich von dort um 11 Uhr bis zum Theater. Finmarich: Wendentorwall, Bodeststr., Al. Gerglerplatz, Büllenberg, Rüdmarich: Quorum, Glesmarode, Glesmaroder Str., Bodeststr., Kaiser-Wilhelm-Str., Theater. Sonntagnachmittag kommt Du dann (meinetwegen mit Braut) nach hier. Abfahrt dort 1 Uhr 58, Ankunft hier um 3 Uhr. Nun will ich schließen. Der Stahlhelm ist hier belämmert. Schreib bitte bald. Heil und Sieg in allen Lagen und Wikingheil!

Hans Berger, Magdeburg, Hotel „Thüringer Hof“, Bahnhofsstraße.

Betreffs Stendal habe ich dem Friederich geschrieben (Stahlhelm). Bitte um ein Wikingheil an Romischosten und Führer. Berger.

Wie abgefeimt dieser Wikingbursche ist, geht daraus hervor, daß er die Namen derjenigen Braunschweiger, die angeblich schon Geld gezeichnet haben sollten, abwechselnd mit Tinte, Kopierstift und Bleinagel nachzuahmen versucht hat. Er kennt auch die vernünftigen Kreise derart genau, daß er weiß, daß sich später eintragende niemals erfinden würden, ob derjenige, der vorn auf der Liste gezeichnet hat, die Zeichnung tatsächlich selbst vorgenommen hat. Dem Wikingbunde aber zu solchen Führern ein kräftiges Wikingheil!

Die sozialistischen Studenten. In unserem Bericht über den internationalen sozialistischen Studententag in Amsterdam hat sich ein Druckfehler eingeschlichen. Die polnische Studentendelegation hat nicht 50, sondern 500 Mitglieder. Im übrigen besteht auch in England eine sozialistische Studentengeneration mit etwa 3000 Mitgliedern, dazu kommen noch verstreut nicht fest organisierte Gruppen in kleineren Ländern, so daß die Gesamtzahl der sozialistischen Studenten auf 8000 bis 10000 zu beziffern sein dürfte.

Die französisch-russischen Verhandlungen über die Vorkriegsschulden werden unterbrochen. Rakowski ist nach Moskau gereist, um neue Instruktionen zu holen. Frankreich verlangt die allmähliche Abzahlung von 30 bis 40 Proz. des Goldwertes der Vorkriegsschulden. Die Sowjetunion will nur 10 bis 15 Proz. anerkennen. Eine Vereinbarung ist bisher nicht zustande gekommen.

Ein Haftentlassungsantrag der zu jahrelangem Zuchthaus verurteilten Frankensächserhäuptlinge Kadassy und Wladischgrag ist abgelehnt worden.

Der Beruf.

Von Johannes Berthold.

Bei der Einzeichnung für das Volksbegehren hatte ich ein kleines Erlebnis.

Ich betrat mit mehreren Arbeitsleuten in unserem Bezirk das Zimmer, in dem die Listen für die Einzeichnung bereit lagen. In dem Zimmer war es still, niemand sprach. Nur die Fragen der Beamten nach Namen und Straße, das Rascheln mit den Kartothekblättern und das Räden des Stuhls, wenn jemand nach vollzogener Eintragung aufstand, unterbrachen das Schweigen.

Vor mir harrten eine junge Frau und eine alte Mutter der Eintragung. Die junge Frau schrieb nach der Aufforderung des Beamten rosch und sicher ihren Namen in die Liste. Die alte Mutter wollte es auch tun. Aber da sah sie auf den Listenblättern Spalten, die sie auf einmal etwas irre machten. Ihren Zunamen König und den Vornamen Emilie, mit dem Zusatz geborene Wacker, wußte sie indessen richtig hinzusetzen. Vor der Spalte „Beruf“ hielt sie aber inne. Sie flüsterte der jungen Frau zu, was sie da wohl hinschreiben könne. Sie habe ja eigentlich keinen Beruf, sie könne ja nicht mehr arbeiten gehen. Sie sei eine arme Frau, auf Unterstützung angewiesen.

Die alte Mutter wollte einen Strich in die Spalte „Beruf“ machen.

„Aber Sie bekommen doch Rente?“

„Ja, freilich,“ erwiderte die Mutter.

„Dann sind Sie Rentnerin.“

Die alte Frau griff das Wort dankbar auf und schrieb es hin, doch verwirrt ob der Stille und der Blicke der Wartenden im Zimmer. Sie verschrüb sich, und so stand ein Name dort, über den mancher lachte.

Die Verlegenheit der alten Mutter vor der Spalte „Beruf“ berührte mich aber im Innersten. Der Beruf ihres ganzen Lebens als Arbeiterfrau, Gattin, Hausfrau, Mutter, Sorgenin noch in alten Tagen, sprach ja aus ihrer Keinen Gestalt. Gebeugt von den jahrelangen Anstrengungen am Waschsch, niedergedrückt von den großen und kleinen Kummernissen ihres Lebens, stand sie vor mir gestützt am Tisch. Ich sah unter ihrem Kopf die weißen Fäden im grauen Haar, ich sah in ihrem Antlitz die Furchen und Runzeln und darin die Augen einer guten, immerfort darbenben, gebenden Mutter. Ich sah ihre zerarbeiteten Hände, schon frumm und faltig, die von der Wärme sprachen, mit der diese Hände über Kinderköpfchen strichen, tagsüber Stuben und Sala reicher Leute blank wischten und die nachts über die mühsam genährten Hemden und Höschen mit Liebe glitten. Ich sah es: Pflicht und Verantwortung waren der alten Mutter Lebensinhalt und mit ihren verbrauchten Kräften mühte sie sich noch ums Brot. Und diese Mutter machte mit einem Male die Frage „Beruf“ verlegen . . .

O, wie liebte ich die alte Mutter in diesem Augenblick! Diese Mutter, die sich ein Leben lang rechtshaffen mühte, die ausbarrie an dem Platz, den ihr das Leben gewiesen, die alles gab und die noch in heiliger Bewirrung nach einem Namen suchte, um das zu bezeichnen . . . !

Wie wahrhaft klein und wie verachtenswert erschienen mir da jene majestätischen Größen, die das Vaterland zu lenken und zu schirmen sich berufen fühlten. Denn die Verlegenheit der Mutter um einen Namen für ihr Wirken enthüllte die ganze Nichtigkeit eines Berufs, der königlich sein wollte und an das Vorbild der einfachen Pflichterfüllung einer Mutter nicht einmal heranreicht.

„Herz contra Herz“ im Residenztheater. Die alte Geschichte vom Ehebruch, der Kammerfänger Herz betrügt seine Frau und sie ihn. Sie wollen sich scheiden lassen und bleiben doch zusammen. In sechs kurzen Bildern, einem Vor- und einem Nachspiel rollt die Sache ab. Lose aneinander gereiht sind diese Szenen, Stiche, die in sich vollkommen geschlossen sind. Nichts Neues wird gebracht, aber der Verfasser Eugen Rez hat Wit, Grazie und Kultur, er entgleist selten ins Banale oder Kitschige. Die gewagtesten Dinge und Situationen verkleinern ihren Charakter durch die wichtig pointierende Form, durch die Eleganz, mit der sie gebracht werden. Das ganze ist ausgezeichnetes Kabarett und mit ausgeprägtem Sinn für das Theater gearbeitet, geschult an besten, französischen Vorbildern. Die Anschuldigungen, die Rez in einem Prolog vordrachte, erübrigen sich, man lacht, und damit ist das Ziel erreicht. Alles ist unbeschwert, von spielerischer Leichtigkeit. Nur die Szene „Am Trocadero“ gerät in anschiebenden Kabarettkisch mit roter Beleuchtung, schluchzender Geige, ungarischem Czardos und betrogener, temperamentvoller Frau. Sie sollte wohl so etwas wie die Rehrseite der Redaklle, wie die Aterstimmung der Liebe vorstellen, aber sie wirkt beinahe wie eine Parodie. Die von Erich Ziegler zusammengestellte Musik bringt es manchmal zu netten Schlaggerchen, doch der Dialog bleibt das Beste. Eugen Rez spielt die Hauptrolle, ein Schauspielerei von souveräner Komik, ruhiger, überlegener Haltung, trockenem Wit. Mizzi Retelka gibt manchmal zu viel Temperament, betont hin und wieder zu sehr ihr böhmisches oder magyarisches Blut und Carola Loose ist die Frau voll verspielter Sinnlichkeit, zart und schmiegsam.

„Aus heterem Himmel“, keine Operette in drei Akten, eröffnete gestern die Sommerpielzeit im Lustspielhaus. Der blühende Unfann, den die Direktion Theodor Taggers hier verzapfen läßt, hat inermia eine lobenswerte Eigenschaft: Tempo. Man lacht, weil man keine Zeit zum Nachdenken behält, weil die wichtige Musik Friedrich Holländers die Gefangsterte, die Menschen, den — sozusagen — Inhalt der Nicht-Operette über die Bühne hebt, das es nur so eine Art hat. Das Holländer auch für die Regie verantwortlich zeichnet, sei daher ausdrücklich vermerkt. Auch die tubistich-unverschämten Bühnenbilder Herbert Döblins tragen das ihre zur Heiterkeit des Abends bei und rüden das Ganze von dem schmäligen Ton ästhetischer Theaterprodukte merklich ab. Die acht plus zwei Darsteller des Abends spielten nett und flott und amüsant, und daß zwei von ihnen besonders schauerliche Gesangsleistungen produzierten, sei hiermit schamhaft verschwiegen. Les.

Die brandenburgische Bezirkskonferenz des Verbandes der Deutschen Volkshäuservereine, die im Sitzungssaal des Theaters am Bülowplatz stattfand, war gut besucht. Der Bezirksvorsitzende Freig Ballschmiede-Potsdam eröffnete die Versammlung und überbrachte zugleich die Grüße des Verbandsvorstandes. Das einleitende Referat über die Gestaltung von Volkshäuservereinen hatte der Schriftsteller Julius Bab-Berlin übernommen. Er schilderte zunächst die Wichtigkeit der Volkshäuservereine, die den Kraftaufwand berechnen, der von den vielen freiwilligen Mitarbeitern der Bewegung geleistet wird. Aus der Weltliteratur, der Klassik, die Volkshäuser das Zeitlos-Lebendige spielen, aber auch die Dramatik der lebenden Generation verdienen Beachtung. Es komme darauf an, auf der Bühne eine lebendige Menschentunde zu vermitteln. Den Geschäftsbericht für das abgelaufene Spieljahr erstattete der Bezirksreferat Freig R. Schulz, der von einer weiteren Ausdehnung der Volkshäuserbewegung in der Provinz Brandenburg berichten konnte. Bolle Anerkennung fand die künstlerische Arbeit der vom Verband unterhaltenen Wanderbühne, des Ostdeutschen Landestheaters. Am Nachmittag hörten die Delegierten ein Referat des Geschäftsführers der Chemnitzer Volkshäuser, O. Geil. Dieser erläuterte eine von ihm zusammengestellte interessante Ausstellung von Werbeprospekt und Propagandamaterial und bot somit den Versammelten überaus wertvolle Anregungen für die Vorbereitungsarbeiten zur nächsten Spielzeit.

Staatliche Arbeiterbildung. In einer Sitzung der Vertreter des Handelsministeriums und des preussischen Kultusministeriums wurde den Vertretern der staatlichen Arbeiterbildungseinrichtungen, der Staatlichen Fachschule für Wirtschaft und Verwaltung in Düsseldorf und dem freigewerkschaftlichen Seminar in Köln sowie den freien Arbeiterbildungsbereitungen der Wirtschaftsschule in Düsseldorf die weitere Schulung der westdeutschen Arbeiterschaft durch Abendkurse in Volkswirtschaft, Privatwirtschaft und Arbeitsrecht übertragen. Die Regierungsvertreter haben für die Kurse streng sachwissenschaftlichen Charakter und größte politische Zurückhaltung gefordert.

Zu den Differenzen im Bühnenloosbünd wird mitgeteilt, daß die für den 6. d. M. bevorstehende Bundestagung in Köln sich eingehend mit den gegen Herrn Gerst erhobenen Vorwürfen, die zum Austritt zweier Vorstandsmglieder geführt haben, beschäftigen wird. Herr Gerst wird in Köln selbst ausreichend Gelegenheit haben, sich gegen die erhobenen Anschuldigungen zu verteidigen.

„Die Bärenhohheit“ von E. B. Lunatickarsallij, deren filmische Bearbeitung von der Filmoberprüfungsstelle als „mittleren“ Stufen verboten wurde, ist ab Bühnenwert in der Kaiser-Wilhelm-Str. 40, Berlin, und Berlin, G. m. b. H., Berlin, W. 40, Königsplatz 7, erschienen und bereits von einer Reihe von Theatern zur Aufführung erworben.

Talroff inszeniert „Haseklovers Antigon“. Der bekannte russische Regisseur Talroff, der zuerst auf der Bühne in Berlin wirkte, hat „Haseklovers Antigon“ zur Aufführung für die diesjährige Winterferien in den Hoftheater Kammerspielen erworben. Talroff wird für die Inszenierung persönliche Studien in Arete machen.

Das Sommerfest der Novembergruppe findet am 19. Juni als Vordfest auf der Schoner-Briga „Dorothea“ auf dem kleinen Wannsee statt. Auskunft erteilt die Geschäftsstelle der Novembergruppe, Lindenbachstraße 21.

Ein Wrack . . .

Ohne Reue steht der Angeklagte vor seinen Richtern und hört gleichmütig das Urteil an: „Gefängnis — Arbeitshaus.“ Straferschwerend die hervorragenden Fähigkeiten und Vorbildung des der Subalterne Beschuldigten. . . Ein überlegenes Köcheln des jungen Mannes im solid-eleganten Anzug, das da sagen soll, was versteht ihr Männer des Geleges mit euren harten Sinnen, euren nüchtern brutal-objektiven Denken, von der Psyche eines Lukenleiters? Nein, er fühlt sich nicht schuldig. Nicht die aufwühlend heiße Liebe einer Dirne hat Schuld, nicht sein bishigen aufsteigender Lebenstrieb, der ihn zwang, mit ihrer Hilfe wieder ein Recht auf bürgerliche Gesellschaft zu erlangen. Sie opferte ihren Körper und er hatte Geld und konnte der Gesellschaft ins Gesicht lachen: „Seht, ihr oberflächlichen Scheinmoralisten, Geld regiert die Welt, nun bin ich wieder „standesgemäß“, das „wie“ ist euch ja Rebenaschel. . .“

Noch einmal blüht der Angeklagte auf seine garten, weichen Frauenhände. Arbeitshaus. . . Eine Sekundenspanne durchzuckt ihn Vergangenheitserinnerung. Elternhaus zwischen Dienstpersonal, Kellner und Dienern, das Leben eines lustigen Studenten mit einem nie verlogenden väterlichen Monatswechsel, im Krieg als „Faulenzer“ hinter der Front bei Militärkommissionen, Frauen und viel Wein, die große Wirtschaftsspitze, Inflation, Verarmung, Untergangsgeschichten. . . Und heute? Selbstverständlich ist alles gekommen. Umstellen konnte sich dieser mimosenhaft empfindsame Genosse nicht auf die rauhe Wirklichkeit des modernen Zeitgeistes. Ziellos, wertlos trieb ein Wrack. . . Beamten führen ihn ab. Ob er das „Arbeiten“ lernen wird? Nicht den Angeklagten X. haben Polizeibeamte abgeführt, sondern den Vertreter einer ganzen Klasse, die sich für hochstehend hielt und doch nur zum praktischen Nichtstun systematisch erzogen wurde. Heute werden die letzten Opfer dem Moloch der Zeit dargebracht. . . Sie verbluten hinter Gittern oder in verschwiegener Selbstmörderede als Träger einer lebensunfähigen Vergangenheit. . .

Mit dem Auto in die Tiefe.

Schwerer Unfall an der Monumentenbrücke. — Drei Personen schwer verletzt.

Ein entsetzliches Autounfall ereignete sich heute früh kurz nach drei Uhr in Schöneberg, wo ein mit drei Personen besetztes Privatautomobil infolge zu starkenfahrens in der Kurve das hölzerne Brückengelände der Monumentenbrücke durchschlug und etwa 10 Meter tief auf die Geleise der Anhalter Bahn hinab stürzte.

Wir erfahren hierzu folgende Einzelheiten: Von der Kreuzbergstraße her nahte in sehr schneller Fahrt ein Privatautomobil, das rechts in die Brücke einbog. Das sollte dem Wagenführer und den Insassen zum Verhängnis werden. Der Führer verlor die Gewalt über das Steuer, raste rechts über den Bürgersteig und prallte mit voller Wucht gegen das mehrere Zoll starke Brückengeländer. Das Geländer hielt dem Anprall nicht stand und brach. Der Kraftwagen überschlug sich mehrfach, als er

in die Tiefe auf die Geleise

stürzte. Auch das Geländer, das auf einer Länge von etwa 10 Meter verläuft ist, stürzte hinunter. Die Insassen wurden unter den Trümmern des Autos, das quer über die Geleise lag, begraben. Straßenpassanten benachrichtigten sofort die Schöneberger Feuerwehr, die nach kurzer Zeit unter Leitung des Oberbrandmeisters Senz an dem Ort der Katastrophe erschien. Den Feuerwehrlenten bot sich unten ein schrecklicher Anblick. Zwischen den Trümmern des Autos lagen teilweise eingeklemmt drei schwer verletzte Personen, die furchtbar zugerichtet waren.

Die Verunglückten

sind der 42jährige Kraftwagenführer Otto Hügelmann aus der Kahlbachstraße 24, der 26jährige Polizeioberwachmeister Gabriel Immelmann und das 29jährige Fräulein Ruthe aus der Baujener Straße 2. Sie wurden durch die Feuerwehre in lebensgefährlichem Zustand nach dem St. Norbertkrankenhaus überführt. Als großer Glücksfall muß bezeichnet werden, daß vor dem Eintreffen der Feuerwehr und der Sicherung der Unglücksstätte kein Zug nahte. In diesem Falle wäre das Unglück noch größer geworden.

Die Aufräumarbeiten nahmen längere Zeit in Anspruch, da sie unter den größten Vorsichtsmaßnahmen von Statten gehen mußten. Wie wir erfahren, sollen die Insassen dem Alkohol zugespundet haben.

Auf eine Anfrage im Krankenhaus erhielten wir den Bescheid, daß die Verunglückten sich unverändert in höchster Lebensgefahr befinden. Aus den wirren Reden, die der schwerverletzte Chauffeur Hügelmann führt, geht immer nur die Sorge um seinen Kraftwagen hervor und wiederholt fragt er im Fieber, ob sein Kraftwagen auch sicher gestellt sei. Die Polizei ist mit der Klärung des Falles beschäftigt.

Erst am 25. April mußten wir von einem ähnlichen Unfall an der gleichen Stelle berichten, der glücklicherweise aber sehr glimpflich abließ. Zur genannten Zeit verlor der Führer einer Kraftdrochke die Gewalt über seinen Wagen und fuhr gegen das hölzerne Brückengeländer. Der Wagen durchbrach zwar das Geländer, blieb aber mit den Hinterrädern am Geländer hängen und schwebte so zwischen Brücke und Eisenbahngleise. Wie durch ein Wunder stürzte der Wagen nicht in die Tiefe. Der Chauffeur kam mit bloßen Schrecken davon und er konnte unverletzt geborgen werden. Es erscheint daher dringend ratsam, daß die hölzerne Brücke, die über die Geleise der Anhalter Bahn führt, nach diesem neuerlichen Unfall auf ihre Verkehrssicherheit geprüft wird.

Königsberg, 4. Juni. (Tl.) Ein schwerer Automobilunfall ereignete sich gestern nachmittags im Kreise Fischhausen. Ein mit fünf Personen besetztes Auto fuhr gegen einen Baum, schlug um und ging in Trümmer. Der Student Hans Hansen, ein aus Königsberg stammender Student, wurde auf der Stelle getötet. Drei weitere Studenten und der Führer des Wagens kamen mit leichten Verletzungen davon.

Der verschwundene Droschkenlenker.

Lebend in der Havel gefunden.

Das Verschwinden des Kraftdrochkenlenkers Friedrich Füller aus Reuditz, über das wir im heutigen Morgenblatt berichteten, ist bereits aufgeklärt. Ein Lokomotivführer, der auf dem Bahnhof Caputh-Geltow rangierte, sah etwa 100 Meter vom Bahnhof einen Mann im leichten Hirschbestandenen Wasser der Havel liegen. Er holte ihn aus der Havel und stellte fest, daß dem nur mit Hemd, Unterhosen, Strümpfen und einer Wolljacke Bekleideten die Hände auf dem Rücken mit dünnen Blumensträußen gefesselt waren. Die sofort benachrichtigte Polizei erkannte in dem auf so merkwürdige Weise Aufgefundenen den gesuchten Kraftdrochkenlenker Müller. Sie glaubt, daß er einen Raubüberfall vorgetäuscht hat, denn auch die eingehende ärztliche Untersuchung zeigt im Widerspruch zu Angaben, die er gemacht hat. Er hat sich höchstwahrscheinlich selbst gefesselt, und ist dann in das flache Wasser gegangen, um so durch einen „Ueberfall“ die großen Geldbeutel, die er infolge seiner Spielbeidenenschaft erlitten hatte, erlöschlich zu machen.

Der Kreisverein Schöneberg-Triedenau des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold veranstaltet am Sonnabend, den 6. Juni d. J., in der Schloßbrauerei Schöneberg, Hauptstr. 122, ein republikanisches Gartenfest. Die Festrede hält Herr Scheidebauer Otto Kuschke, R. d. L. Großes Gartenkonzert, Kinderbelustigungen, Zimborführungen. Beginn 4 Uhr, Eintritt 50 Pf., Kinder frei.

Lehren des englischen Streiks.

Vortrag des Genossen Schiff vor den Berliner Gewerkschaftsfunktionären.

Vor der erweiterten Vorstandskonferenz der Berliner Ortsauschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des A.F.A.-Bundes hielt gestern abend Genosse Victor Schiff einen Vortrag über den großen englischen Streik und seine Lehren.

Genosse Schiff ging in der Beurteilung des englischen Streiks von der Tatsache aus, daß die englische Arbeiterbewegung bis vor wenigen Jahren noch rein gewerkschaftlich eingestellt war. Die Arbeiterpartei und ihre Abgeordnetenfraktion im Parlament sind verhältnismäßig spät groß geworden und noch heute sind die Gewerkschaftsmitglieder durchaus nicht selten, die liberal, ja konservativ wählen, obwohl in ihrem Wahlbezirk Arbeiterkandidaten aufgestellt sind. Heute ist nun allerdings auch der politische Einfluß der Arbeiterpartei im Parlament groß, namentlich durch die Unabhängige Arbeiterpartei. Zu berücksichtigen ist ferner, daß das englische Volk stark religiös ist und daß nicht zuletzt deshalb ein schnelles Fortschreiten der Entwicklung in England nicht zu erwarten ist. Der Einfluß der sich stark arbeitend und volksfreundlich gebenden Kirchenvertreter ist sehr erheblich; die Streikenden verbrachten beispielsweise ihre freie Zeit mit Versammlungsbesuch, Sportbeteiligung und — Kirchenbesuch.

Eine Jahrhunderte alte Tradition hat die Engländer zwar zu Demokraten, nicht aber zu Republikanern gemacht. Die Königsfamilie beschränkt sich auf eine rein repräsentative Vertretung und vermeidet es, sich in Gegensatz zum Volk zu setzen. Der Unterschied in der Psyche der englischen und der deutschen Arbeiterschaft erklärt manches beim letzten Streik, was uns unverständlich erscheint. Die englische

Gewerkschaftsbewegung ist stark zersplittert.

Die Konzentration in den etwa 500 Einzelgewerkschaften schreitet nur langsam voran, und wo schließlich eine Zusammenfassung vorgenommen wurde, geschah sie oft ohne jede Logik. Genau so konservativ wie die englische Arbeiterbewegung in ihren Grundzügen ist, hält auch die Industrie an den althergebrachten Wirtschaftsmethoden fest. Daraus ergibt sich eine Schwereffizienz, die nicht zuletzt die Ursache der Wirtschaftskrise Englands ist. Englands Kohlenindustrie beispielsweise ist am Absterben. Die Rückständigkeit der maschinellen Einrichtungen, der zurückgehende Absatz, die immer weiter

fortschreitende Verwendung der Elektrizitätswirtschaft und Erdölgewinnung

haben schließlich dazu geführt, daß die Unternehmer den Ausfall durch Lohnabbau wegzumachen suchten. Die Kosten für die Unterhaltung der während unseres Ruhrabwehrkampfes wieder in Betrieb genommenen unrentablen Grubenanlagen wurden teilweise vom Staat übernommen. Diese Unterstützung wurde bald eingestellt und erst eine Streikdrohung der Gewerkschaften der Schlüsselindustrien veranlaßte den Staat noch einmal, die Subventionen zu verlängern. Der dabei mit den Gewerkschaften abgeschlossene Vertrag bestimmte, daß auf 9 Monate hin keine Kürzung der Löhne vorgenommen werden dürfe. Eine der internationalen Solidarität Rechnung tragende Regelung war das gerade nicht, denn die Staatsunterstützung wirkte auf die kontinentale Wirtschaft wie ein Dumping. Tatsächlich sind die

Arbeitslosenziffern in den deutschen Kohlenrevieren

während dieser neun Monate außerordentlich gestiegen. Eine in England eingeleitete Untersuchungskommission forderte eine Reorganisation der Betriebe, die Rationalisierung des Bergbaus und die Abstoßung der unrentablen Grubenbetriebe. Bis zur Durchführung dieser Maßnahmen sollte ein Lohnabbau und eine Verlängerung der Arbeitszeit eintreten. Die beteiligten Gewerkschaften konnten sich damit nicht einverstanden erklären. Sie drohten mit dem Streik, was wiederum die Unternehmer veranlaßte, einen Lohnabbau zu diffundieren, der bis zu 30 und gar 40 Proz. ging. Während dieses ganzen Konflikt blieb die Regierung untätig. Sie hatte guten Grund dazu. Ihre scharfmacherischen Mitglieder hatten nämlich in den neun Monaten eine gute Abwehr des erwarteten Streiks organisiert und es scheint fast, als hätten die Gewerkschaftsführer diese Gefahr nicht rechtzeitig erkannt. Die Regierung nahm die Disziplinlosigkeit einer Arbeitergruppe in einer einzelnen Zeitung sofort zum Anlaß, ein Streikultimatum herauszugeben, wodurch die Gewerkschaften ihrerseits nunmehr gezwungen wurden, den allgemeinen Streik auszurufen.

Die Regierung beeilte sich, mit unübertriebener heuchlerischer Gebärde den Streik zu einem politischen zu stempeln. Sie verschwiegte dabei, daß der Streik aus denselben wirtschaftlichen Ursachen entstanden war, wie die Streikandrohung vor neun Monaten. Wenn die Streikandrohung damals keine politischen Hintergründe hatte, so konnte auch der jetzige Streik nicht politisch sein. Die kommunistischen Zeitungen in Deutschland haben also mit ihrem Befehl über den „politischen Generallstreik in England“ die Absichten der englischen Regierung direkt unterstützt.

Worauf es ankommt.

Mutter und Vater vergeht es nicht am Wahltag!

Das einzig Entscheidende bei der Elternratswahl ist für uns das soziale Empfinden, das soziale Verständnis für unsere Jugend und ihre Not. Deshalb stellt mit Recht die Liste „Schulaufbau“ an den Anfang ihrer Forderungen die sozialen Forderungen, die in dieser Zeit der Wirtschaftskrise, wo durch Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit die Not in viele Familien kommt, brennender denn je sind. Für die „Christlich-Unpolitischen“ existieren diese Fragen nicht. In einem ihrer Flugblätter heißt es zu diesen sozialen Forderungen: „Es ist erledigt durch die Frage: Wer bezahlt's, was da alles gefordert wird.“ Diese Verständnislosigkeit ist kein Wunder, da für die „Christlich-Unpolitischen“ ja nur die „Religionsfrage“, sonst nichts, brennend ist. Diese Frage wird jedoch nicht entschieden durch die Elternbeiräte, deren Tätigkeit damit nichts unmittelbar zu tun hat. Sie wird entschieden durch die Abstimmungen der Parlamente und der Gesamtheit der Erziehungsberechtigten. Für die „Christlich-Unpolitischen“ aber ist es der Kernpunkt, weil sie so aus den Elternbeiräten ein Werkzeug reaktionärer Schulpolitik machen wollen. Unter dem Schlagwort: „Die Religion ist in Gefahr!“ fängt man die Eltern, um aus der Staatschule eine Kirchenschule zu machen. Tausende von Arbeiterkinder schiden ihre Kinder noch in den Religionsunterricht. Sie wollen aber sicher nicht die von den Rechtsparteien unter dem täuschenden Namen der „Christlich-Unpolitischen“ erstrebte verhärtete Bekenntnisschule. Deshalb dürfen sie auch die „Christlich-Unpolitischen“ nicht unterstützen.

Nationalistische Propaganda in der Schule.

Es nimmt kein Ende. Entgegen den Verfügungen der Behörden benutzen deutschnationale und politische Kreise immer wieder die Schulen, vor allem die höheren, zur Propagandazwecken. Vor uns liegt ein Handzettel mit folgendem Inhalt: „Gymnasialfest! Stärkt die Reichen der nationalen Jugend, tretet ein in den Deutschen Jugendbund „Bismarck“, Ortsgruppe 24, „von Roon“, Weihenstephan. Aufnahme jeden Mittwoch abend, 8 Uhr, im Gemeindehaus, Rag-Eicnke-Straße 22 (Berlaal).“ Unterzeichnet ist der Handzettel mit Eugen Hartwig, Gruppenführer, Weihenstephan, Gustav-Adolf-Straße 149. Handzettel mit diesem Ausdruck wurden vor einigen Tagen in der Oberprima des Gymnasiums

Genosse Schiff gab ein umfassendes Bild der

Entwicklung des Streiks nach seiner Verkündung.

Obwohl längst nicht alle Gewerkschaften zum Streik aufgerufen wurden, war die Zahl der Streikbrecher sehr gering, wobei besonders zu beachten ist, daß nur etwa ein Drittel der organisationsfähigen Arbeiterschaft gewerkschaftlich erfasst ist. Der Regierung gelang es denn auch, mit Hilfe einer gutorganisierten technischen Nothilfe einen sechswöchigen Stillstand einzurichten, den selbst die in Arbeit gelassenen Gewerkschaftsmitglieder benutzen mußten. Der Buchdruckerstreik wurde sofort von der Regierung mit der Herausgabe eines Nachrichtenblattes beantwortet, das von der Bevölkerung eifrig gelesen wurde. Erst mehrere Tage später gelang es dem Generalrat der Gewerkschaften, als Gegenmaßnahme ein gewerkschaftliches Nachrichtenblatt herauszubringen, wobei große Schwierigkeiten mit der Buchdruckerorganisation zu überwinden waren. Kostbare Zeit ging dabei verloren. Natürlich bediente sich die Regierung für die Uebermittlung ihrer einseitigen Streiknachrichten auch des Radios.

Mit allen Mitteln versuchte die Regierung, Streikbrecher zu werben, jedoch gelang es ihr nur in sehr bescheidenem Maße. Das ist den englischen Arbeitern hoch anzurechnen, wo nicht wenige von ihnen eine jahrelange Arbeitslosigkeit hinter sich hatten. Der Redner wandte sich gegen das Verlangen der Kommunisten, einen kontinentalen Sympathiestreik der Bergarbeiter zu beginnen. Das Weiterarbeiten in Deutschland brachte für die englischen Bergarbeiter die Gefahr, ihre Abgabengebiete zu verlieren. Insofern wäre den englischen Arbeitern mit einem Sympathiestreik nicht gedient gewesen. Mehr als die internationale Kohlenperre und Geldsammlung, die durchgeführt wurden, wurde von der englischen Arbeiterschaft weder erwartet noch verlangt.

Die Fortsetzung des Streiks über seine Zeit hinaus hätte unzweifelhaft zu unübersehbaren Folgen geführt. England, dessen Lebensmittelförderung zu vier Fünfteln auf Einfuhr beruht, stand

vor Hungerkrawallen;

vielleicht hätte das der Regierung einen willkommenen Anlaß gegeben, die Arbeiterschaft blutig niederzuschlagen. Deshalb wurde der Abbruch des Streiks zu geeigneter Zeit vorgenommen und die Streikenden konnten geordnet zurückgeführt werden. Wie sieht es mit der Behauptung, der Streikabbruch sei ohne Befragung der Bergarbeiter erfolgt? Genosse Schiff erklärte, daß der Streikabbruchbeschluss im Generalrat einstimmig gefaßt wurde, daß also auch stark kommunistisch beeinflusste Gewerkschaftsführer

Purcell, Ben Tillet und Hilds dafür

waren. Das Geschrei der Kommunisten in Deutschland unter Bestand des englischen Bergarbeiterführers Coof ist nichts als eine Irreführung der Arbeiterschaft. Bewundernswert ist die Fähigkeit, mit der die englischen Bergarbeiter jetzt noch ihren Kampf führen, obwohl schon während des allgemeinen Streiks kaum geldliche Unterstützungen gewährt wurden. Eine Unterstützung der Streikenden durch die internationale Arbeiterschaft ist ein Gebot der Solidarität.

Unter dem Beifall der Versammlung erklärte Genosse Schiff, daß jeder Generallstreik eine zweischneidige Waffe sei. Der Mangel an Elektrizität, an Gas, Wasser, Lebensmitteln und auch an Verkehrsmöglichkeiten trifft vor allen Dingen die Arbeiterbevölkerung. Aus diesem Grunde dürfte kein Generallstreik zur Erringung wirtschaftlicher Vorteile verhängt werden; ein Generallstreik könne als leichtes Mittel zur Abwehr politischer Anschläge in Betracht kommen. Zu einem revolutionären Kampf sollte aber gerade in England noch auf lange Zeit bei der Mentalität des englischen Volkes jede, auch die kleinste Voraussetzung. Deshalb ist es sinnlos, wenn heute von den Kommunisten die sogenannten „reformistischen“ Führer für den Ausgang des Streiks verantwortlich gemacht werden. Von großen Gesichtspunkten aus betrachtet, ist der Verlauf des Streiks durchaus keine Niederlage gewesen, er ist im Gegenteil zu einem unerhörten Erfolg des Klassengefühls geworden, er ist ein Erfolg des Solidaritätsgedankens schlechthin. Der Streik ist ein Sieg über die traditionelle Grundrichtung der englischen Arbeiterschaft, ein Sieg des Volkes über sich selbst.

Der große Sieg der Labour Party bei der Nachwahl von Hamer mit war eine erste politische Auswirkung des Streiks. Die historische Bedeutung dieser großen Kraftprobe war die Erkenntnis bei Hunderttausenden von englischen Proletariern, daß die Stärkung ihrer politischen Macht die Voraussetzung für ihre wirtschaftliche Befreiung ist. (Lebhafter Beifall.)

In der Diskussion verluhte ein Mitglied des Staats- und Gemeindefunktionärsverbandes die kommunistischen Weisheiten über den Generallstreik anzubringen. Der Redner fand aber bei der Versammlung so wenig Gegenliebe, daß die Diskussion alsbald geschlossen wurde. Mit einem Hinweis des Vorsitzenden Genossen Sathath auf den bevorstehenden Volksentscheid und die Elternratswahlen schloß die Vorstandskonferenz.

In Weihenstephan kurz vor Beginn der Stunde ausgelegt, bzw. an alle Schüler der Klasse verteilt. Sollten die Lehrer der Schule nichts davon wissen? Das sind dieselben „christlich-unpolitischen“ Kreise, die immer davon reden, daß die Sozialdemokraten die Politik auch in die Schule tragen wollen.

Denkt daran am 6. Juni, agitiert für die Liste „Schulaufbau“!

Die Frauen zum Volksentscheid.

Gestern abend hielten unsere Parteigenossinnen in den Sophienböden eine Frauenkonferenz ab, die der Arbeit für den Volksentscheid gewidmet war. Genossin Eodenhagen, die das Referat hielt, wies in ihren Ausführungen darauf hin, daß die Hauptarbeit bei dem Volksentscheid in den Städten geleistet werden müsse. Auf dem flachen Lande wird heute noch genau so mit Schnaps und Bier zur Wahl gearbeitet, wie in der Vorkriegszeit. Heute, in der Zeit des gleichen Wahlrechts, vielleicht noch mehr als früher. Wir haben bei dem Volksbegehren sehr gut abgeschrieben, aber diesmal sind nicht 12½ Millionen, sondern 20 Millionen Stimmen nötig. Die fehlenden acht Millionen wird unsere Partei aufbringen müssen. Das erfordert erhebliche Opfer. Finanzielle Opfer wie aufstrebende Arbeit sind nötig, um uns den Sieg zu sichern. Wir müssen von Haus zu Haus gehen und den Menschen klar machen, wozu es sich handelt. Bei einer wichtigen Angelegenheit muß sich jede Genossin als Funktionärin fühlen. Wir wollen uns über die Schwierigkeiten, die zu überwinden sind, keinerlei Täuschungen hingeben. Aber trotzdem dürfen wir nicht den Mut sinken lassen. Der 20. Juni muß zeigen, daß die Arbeiterkraft, wenn sie kämpft, auch zu feigen versteht. In der Diskussion über das mit lebhaftem Beifall ausgenommene Referat kam der Wille zur Mitarbeit zum Ausdruck. Endlich wurden Richtlinien aufgestellt, nach denen zu arbeiten sich die Genossinnen verpflichteten.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenschrift, liegt der heutigen Postausgabe bei.

Selbstmord wegen Urlaubsüberschreitung. Der Unterfeldwebel Volky von der Deutsch-Kroner 16. Kompanie (Infanterieregiment Nr. 4) hat sich auf dem Kasernenboden mit seinem Dienstgewehr erschossen. Als Grund wird Furcht vor Strafe angenommen, da er seinen Urlaub überschritten hatte.

Gewerkschaftsbewegung

Die Berufung im Reichsbahnstreit.

Verhandlung vor dem Reichsbahngericht am 9. Juni.

Wie uns vom Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands mitgeteilt wird, fand gestern zwischen den drei vertragschließenden Eisenbahnerorganisationen und dem Rechtsanwalt erster Instanz erneut eine Besprechung statt. Da bisher das Urteil von der Beklagten der klagenden Partei nicht zugestimmt worden ist, so ist der Rechtsanwalt Roth beauftragt worden, das Urteil der Beklagten zurückzusetzen, damit die Prüfungsklage dem Kammergericht unterbreitet werden kann. Als Prozeßbevollmächtigter für die Berufungsklage der drei Eisenbahnerorganisationen ist der Rechtsanwalt Dr. Georg Baum gewonnen worden. Dieser wird heute im Laufe des Tages die Berufungsklage dem Kammergericht unterbreiten.

Was die Klage der Reichsbahn gegen die Reichsregierung betrifft, und zwar wegen der Verbindlichkeitsklärung des letzten Schiedspruches, so ist der Termin vor dem Reichsbahngericht auf den 9. Juni festgesetzt worden.

Vom werdenden Arbeiterschutzes.

Anfang dieser Woche fanden zwischen dem Reichsarbeitsministerium und den Bändern vertrauliche Besprechungen über den Referentenentwurf für das neue Arbeiterschutzesgesetz statt, nachdem in der vorigen Woche fast sämtliche Reichsressorts zu dem Entwurf Stellung genommen haben. Am Freitag folgen Besprechungen des Ministeriums mit den Gewerkschaften und danach solche mit der Vereinigung der Arbeitgeberverbände. Im Anschluß an diese Besprechungen wird das Reichsarbeitsministerium sich darüber schlüssig werden, inwieweit es den gegebenen Anregungen und Forderungen bei der endgültigen Fassung des Gesetzesentwurfs Rechnung tragen kann. Das Reichsministerium wird also schon in der allernächsten Zeit zu dem neuen Arbeiterschutzesgesetz Stellung nehmen, so daß längstens in zwei bis drei Wochen mit der Veröffentlichung des für die Arbeiterschaft so überaus bedeutsamen Gesetzesentwurfs zu rechnen ist. Reichswirtschaftsrat und Reichsrat werden sich noch vor der Sommerpause mit dem Entwurf befassen. Der Reichstag erst im Herbst.

Das Arbeitszeitgesetz, der wichtigste Bestandteil des Arbeiterschutzesgesetzes, bringt eine Neuregelung der Arbeitszeit nicht nur für die Arbeiter, sondern auch für die Angestellten und Beamten der großen Verkehrsbetriebe, soweit diese mit dem übrigen Betriebspersonal zusammenarbeiten. Für diese Beamten sind besondere Bestimmungen zur Regelung ihrer Arbeitszeit im Entwurf vorgesehen. Die Arbeitszeit der übrigen Beamten, die im Anschluß an die neue Arbeitszeitgesetzgebung selbstständig ebenfalls einer Prüfung unterzogen werden muß, wird gesondert geregelt. Wie die Neuregelung der Arbeitszeit für die Beamten ausfallen wird, hängt von dem Erfolg ab, den die gesamte Arbeitnehmerschaft bei dem Kampf um das neue Arbeitszeitgesetz erzielt.

Die Betriebsratswahl im Zeugamt Spandau.

Das Zeugamt eine völkische Pflanzstätte.

Am 20. Mai war im Zeugamt Spandau die Betriebsratswahl. Das Ergebnis derselben ist für die Liste der freien Gewerkschaften durchaus befriedigend, wenn man in Betracht zieht, mit welchen Mitteln in der letzten Zeit von der vollständig „vaterländisch“ eingestellten Leitung des Zeugamtes gearbeitet worden ist. Der vaterländische Arbeiterverein hat alles auf, um durch Neueinstellun-

gen im Betrieb die Wahl zu seinen Gunsten zu beeinflussen. Einen weiteren Beweis dafür, daß bei den Neueinstellungen das Arbeitsamt und der Arbeitsnachweis umgangen werden, haben wir erst wiederum in den letzten Tagen erhalten. Die Mitteilung, die ein deutschnationaler Bezirksverordneter in Spandau an einen Spandauer Arbeiter gefandt hatte, lag uns vor, und daraus ging hervor, daß nur auf indirektem Wege die Neueinstellungen vorgenommen werden. Es wird nun endlich Zeit, daß sich die zuständigen Behörden mit diesen skandalösen Vorgängen beschäftigen und für Abstellung der Beschwerden sorgen.

Bei der Wahl des Arbeiterrats wurden 385 Stimmen abgegeben, davon 14 ungültig. Die Liste der freien Gewerkschaften hat erhalten: 310 Stimmen und vier Vertreter. Die Liste der „vaterländischen“ hat erhalten: 261 Stimmen und drei Vertreter. Die freien Gewerkschaften haben ihre Vertreterzahl gegen das Vorjahr gehalten, was um so erfreulicher ist, als von der Gegenseite alle Mittel angewandt wurden, um die Arbeiter einzuschüchtern. Nachdem man wochenlang Neueinstellungen vorgenommen hat, sollen jetzt eine große Anzahl Metallarbeiter entlassen werden, aber nicht etwa die zuletzt eingestellten, sondern durchweg ältere, meist schon jahrelang beschäftigte Arbeiter.

Funktionärversammlung der Fabrikarbeiter.

Die Funktionäre des Fabrikarbeiterverbandes der Berliner Zahlstelle waren am Dienstagabend im großen Saale des Gewerkschaftshauses versammelt, um einen Vortrag des Genossen Kurt Heinig über: „Volkswirtschaftliches und Soziales aus Amerika“ entgegenzunehmen. Der Vortragende wies u. a. darauf hin, daß für unsere wirtschaftliche Entwicklung nicht Rußland, sondern die Vereinigten Staaten von Amerika ausschlaggebend sind. Der Einfluß Amerikas auf Europa ist in wirtschaftlicher Beziehung bedeutend größer wie der Rußlands. Es war den Delegierten in Amerika möglich, ohne besondere Empfehlungen die verschiedensten Betriebe zu besichtigen. Unter spannender Aufmerksamkeit schilderte der Referent die Arbeitsmethoden in den einzelnen Betrieben und bemerkte dazu, daß ebenso wie in Deutschland auch dort der Arbeiter der Sklave der Maschine sei. Nicht aus Liebe zum Arbeiter neigt der amerikanische Unternehmer dazu, einigermaßen auskömmliche Löhne zu zahlen. Der amerikanische Unternehmer ist aber ein besserer Kaufmann, der bestrebt ist, die Kaufkraft in eigenen Lande zu heben.

Nach dem beifällig aufgenommenen Vortrag des Referenten machte der Bevollmächtigte, Genosse Rücker, die Versammelten darauf aufmerksam, daß die kommenden Wochen zu einer lebhaften Agitation ausgenützt werden müssen. Jedes Verbandmitglied muß wieder, wie früher, bemüht sein, neue Kämpfer für die Gewerkschaftsbewegung zu werben.

Bolschewistische Sozialpolitik.

Verhärfung der Arbeitsbestimmungen in Sowjetrußland.

Moskau, 3. Juni. (D.F.) Der Oberste Volkswirtschaftsrat des Sowjetbundes hat eine Reihe von Änderungen zum Entwurf des neuen Arbeitskodex ausgearbeitet. Angesichts der zunehmenden Arbeitsverarmnis in der Industrie will der Oberste Volkswirtschaftsrat dem Arbeitgeber das Recht zugestehen, Arbeiter und Angestellte zu entlassen, wenn diese drei Tage nacheinander bzw. drei Tage im Monat die Arbeit veräumen. Der Entlassung unterliegen auch Arbeitnehmer, die wegen zeitweiligen Verlusts der Arbeitsfähigkeit (Krankheit) zwei Monate ihrer Arbeitsstätte fernbleiben müssen. Was die Entlohnung von Kinderarbeitern betrifft, so soll sie in Zukunft nur für die tatsächliche Arbeitszeit und nicht für den vollen Arbeitstag erfolgen. Der Sechsstundentag soll nur Sonnabends gelten und nicht, wie bisher, am Vorabend jedes Feiertages. Besonders wichtig ist die Bestimmung, daß von jetzt ab die Entlassung von Arbeitnehmern

nicht vom Unternehmensrats der parteiamtlichen Zentralratkontrollkommission, sondern allein vom Ermessen der Betriebsleitung abhängig gemacht wird. Ferner dürfen Arbeitnehmer von der Betriebsleitung auch abgehoben von den durch die entsprechenden Gesetze festgelegten Fällen mit Geldstrafen belegt werden. (Wird der Unternehmer als Partei, Kläger und Richter. Und in Rußland regieren angeblich die Arbeiter!)

Invalidentrenten aus dem Saargebiet.

Berlin, 3. Juni. (M.F.) Die Versicherungsträger des Saargebietes zahlen seit einiger Zeit die Renten der Invalidentversicherung an Personen, die außerhalb des Saargebietes im Deutschen Reich wohnen, ohne den Reichszuschuß. Um die hier von Betroffenen vor Verlusten zu schützen, wird ihnen nach einer Befreiung des Reichsarbeitsministers vom 28. Mai 1926 bis auf weiteres auf Antrag vom 1. April d. J. ab der Reichszuschuß durch die Landesversicherungsanstalt gezahlt, in deren Bezirk sie wohnen. Der Reichszuschuß beträgt jährlich 72 Reichsmark für jede Invaliden-, Witwen- und Witwerrente und 36 Reichsmark für jede Waisenrente. Anträge sind unmittelbar an die Landesversicherungsanstalt, in deren Bezirk der Berechtigte wohnt, zu richten. Hierbei sind amtliche Unterlagen (Rentenbescheid, Postabschnitte über die letzten Zahlungen, sonstige Bescheinigungen) beizufügen, aus denen sich ergibt, daß der Berechtigte eine Rente der Invalidentversicherung von einem Versicherungsträger des Saargebietes bezieht.

Die Rossionis Mandat anerkannt wurde.

Genf, 4. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Zur Abstimmung über die Anerkennung des Mandats des tschechischen Arbeitervertreter Stalens ist noch zu bemerken, daß die gesamte südafrikanische Delegation einschließlich der belgischen Regierungsdirektoren gegen die Zulassung des tschechischen Gewerkschafters stimmte, während sich unter jenen Delegierten, die sich der Stimme enthielten, auch die Regierungsdirektoren von Belgien, Dänemark und Irland befanden.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Helmut Götter; Gewerkschaftswesen: J. Gieseler; Sozialpolitik: R. A. Böcher; Soziales und Genossenschaft: F. H. Kahlert; Anzeigen: E. G. Gieseler; Familien in Berlin: Berlin: Hermann-Berlin G. m. b. H., Berlin, Druck: Hermann-Berlin-Verlag und Verlagsanstalt Paul Sauer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Küchen Ischias

jetzt bedeutend billiger

Elektrische Küchengeräte	40 K.	75 K.
Ausricht-Küchengeräte	70 K.	100 K.
Ausricht-Küchengeräte	85 K.	130 K.
Ausricht-Küchengeräte	95 K.	140 K.
Ausricht-Küchengeräte	130 K.	180 K.
Küchengeräte, 30 cm	35 K.	50 K.

Ausstellung seiner Rheinischer Küchengeräte.

Küchenmöbel-Haus
Lasertein, Luckauer Straße 1
Ecke Oranienstr., nahe Moritzplatz

Gardinen!

Sonderangebote und Gelegenheitskäufe in

Künstler-Gardinen... 2.90
Madras-Gardinen... 4.-
Stores... 2.20
Bettedecken 1-bettig... 4.-
Bettedecken 2-bettig... 8.-
Spez.-Gardinenwerkst. Neukölln, Borgstr. 67 am Ringbahnhof. Kein Laden!

HUNDE

Katzen, Papageien und alle Haustiere werden behandelt.

Tierärztliche Poliklinik
Chausseestraße 93
neben Kriegervereinshaus
Sprechstunden: 11-1 u. 4-6 Uhr

Pianos

Krause-Pianos zur Miete

Ansbacher Str. 1, 1. u. 2. Stock

Möbel u. Zeichen-Bedarf

L. Juergens
Alexanderplatz

M. Schulmeister
Berlin
Nur eigenes Fabrikat!

Moderne fertige Sommerkleidung für den Herrn

- | | |
|----------------------------------|----------------------------------|
| Straßen-Anzüge . . . von 45.— M. | Sportanzüge mit 2 Hosen 62.— M. |
| Frühjahrs-Mäntel von 45.— M. | Windjacken von 12.— M. |
| Gummi-Mäntel . . . von 17.— M. | Breeches von 8.50 M. |

M. Schulmeister
Kottbusser Tor

Jedes Angebot ein Schlager

Wir bringen am **Freitag, Sonnabend und Montag** folgende besonders preiswerte Angebote. Beachten Sie unsere Schaufenster. In jedem Schaufenster **EIN ARTIKEL—EIN PREIS**

Herren-Beinkleider gestreift und gemustert, haltbare Qualität 4⁹⁵	Damen-Kleider Baumwoll-Musselin, in vielen Mustern, aparte Form 5⁹⁰	Kinder-Kleider in vielen Farben u. Mustern, diverse Macharten 2⁹⁰	Musseline Baumwolle, ca. 80 cm breit, Eisener Ware, in vielen modernen Mustern Meter 65 Pf.	Crêpe bedruckt, für Blusen u. Kleider, in neuen Mustern Meter 78 Pf.
Damen-Hemdchusen moderne Windform, mit schöner Stickerei 1⁹⁵	Hüftformer mit Gummi, viele einzelne Muster 1⁴⁵	Herren-Hemden gebleicht, mit farbigen Einsätzen, alle Größen 1⁹⁵	Damen-Strümpfe baumwoll., schw. u. farb., Doppelpackl., Hochferse, gute Qualität 95 Pf.	Kleiderschotten haltbare Ware, neue Farbstellungen Meter 95 Pf.
Selbstbinder breite offene Form, neueste Muster 95 Pf.	Herren-Hüte Wollig, helle Sommerfarben, moderne Formen 2⁷⁵	Damen-Schuhe zum Schürren und mit Spange, verschied. Ausführungen, mod. schöne Formen, vorzogl. Qual. 11⁵⁰	Damen-Hüte schwarz und braun Liseret, moderne Formen, mit Bandgarnitur 4⁷⁵	Eau de Cologne 70 prozentig 95 Pf.
Liegestühle mit Armlehne und Fußstütze, guter Läuferstoff, solide Verarbeitung 7⁵⁰	Hocker zusammenlegbar, für Sport und Reise geeignet 1⁵⁵	Isolierflasche 1/2 Lit. Inhalt, mit grossem Alumina-Trinkbecher 1⁵⁰	Coupékoffer braun leger, Hartplatt u. Valanzüber-Schutz-eck, vermessungsl., Deckelschließe, 25 Sprangschlöße, u. Packgurten 55 cm 5²⁵	Gepresste kleine Weissbiertgläser 59 Pf.

HERMANN TIETZ

FRANKFURTER ALLEE